

Bildung für Flüchtlingskinder

Integration bedeutet Teilhabe an der Österreichischen Gesellschaft, aber auch die Bereitschaft dieser Gesellschaft zu Öffnung und Inklusion. Tatsächlich scheinen heute viele Maßnahmen möglich, die ein Einwanderungsland wie Österreich schon lange gebraucht hätte. Zum Beispiel bei Schule und Bildung. Von Herbert Langthaler



Mit Anstieg der Flüchtlingszahlen begannen Überlegungen, wie Flüchtlingskinder an Österreichs Schulen am effizientesten unterrichtet werden könnten.

Diskussionen über die Chancen und Probleme, die der plötzliche demographische Schub in sich birgt, gab es in den vergangenen Monaten häufig und sie werden weitergehen, zumal es Jahre dauern wird, bis sich – dann ex post – fundierte Aussagen über die „Integration“ der aktuellen Flüchtlingspopulation machen lassen können.

Sicher ist, dass die Ausgaben für Flüchtlinge und die vielen Jobs in der Betreuung bereits jetzt zum Wirtschafts-

wachstum beitragen. Inwieweit es gelingen wird, den Zuwachs an Arbeitskräften ohne zusätzlichen Druck auf Löhne und Gehälter für neue wirtschaftliche Impulse zu nutzen, ist vor allem eine politische Frage. Arbeitgeber rufen nach Ein-Euro-Jobs und einem (vorübergehenden) Aussetzen von kollektivvertraglichen Mindestlöhnen. Die Gewerkschaften haben eine Abschottungspolitik früherer Jahre aufgegeben und sprechen sich jetzt für raschen

Zugang zum Arbeitsmarkt, Kompetenzchecks und Regelungen zur Förderung von Integration und Verhinderung von Lohndumping aus¹.

Integration muss warten

Auf der anderen Seite wird Angst geschürt ohne Konzepte anzubieten. Dass die FPÖ hier führend ist, verwundert nicht, schon weniger selbstverständlich ist, dass der eigentlich für Integration zuständige Minister Sebastian Kurz diese Agenda nicht mehr wahrnimmt, stattdessen auf dem internationalen Parkett die Abschottung Europas vorantreibt und im Inland in erster Linie sogenannte „Wertekurse“ forciert, deren Sinnhaftigkeit von den meisten ExpertInnen angezweifelt wird.

Dass Flüchtlinge schnell in Österreich Fuß fassen können, wird bislang durch klare politische Entscheidung behindert: Integration erst nach positivem Abschluss (Asyl oder subsidiärer Schutz) des Asylverfahrens.

Zuerst kommt das, was die deutsche Sozialpädagogin Vicki Täubing als „organisierte Desintegration“ bezeichnet: monatelanges Warten auf den Ausgang des Asylverfahrens, Arbeitsverbot, kein Zugang zu gratis Sprach- oder Bildungskursen. Die Folge: (Re-)Traumatisierung, Hospitalisierung, Dequalifizierung – verlorene Monate und Jahre.

Eine verlorene Generation

Besonders schmerzhaft für die Betroffenen, aber auch (vor allem in absehbarer Zukunft) für die österreichische Gesellschaft ist der Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen. Diese machten im Jahr 2015 mit 32.230 Personen 36,6 % der AsylwerberInnen aus.

Für schulpflichtige Flüchtlinge war die Vorgangsweise bislang relativ klar: Wird

die Familie in ein Grundversorgungsquartier zugewiesen, werden die Kinder in der nächstgelegenen Schule eingeschult. Dass in Kleinstschulen am Land, die oft nur dank der Flüchtlingskinder noch nicht geschlossen werden, oft ein Viertel Flüchtlingskinder sind, wurde bisher kaum diskutiert, gezielte Unterstützung oder Schulungen für die LehrerInnen gab es bislang nicht. „Ich probiere halt manche Sachen aus, und wenn es funktioniert, dann führe ich es weiter und wenn es nicht funktioniert, dann denke ich mir: Ich hab es ausprobiert – ich lasse es wieder.“², beschrieb die Lehrerin einer einstufigen Volksschule in Puchenstuben (Bez. Lilienfeld) ihre Arbeitsweise.

Mit dem schnellen Anstieg der Flüchtlingszahlen seit dem Herbst 2014 begann man auch im Bildungsministerium mit Überlegungen, wie Flüchtlingskinder an Österreichs Schulen am effizientesten unterrichtet werden könnten. Rechtzeitig zu Schulbeginn im September 2015 wurde das Rundschreiben „Flüchtlingskinder und -jugendliche an österreichischen Schulen“ veröffentlicht und Terezija Stoitsits als zentrale Ansprechperson für Fragen bezüglich Flüchtlingskindern in den Schulen installiert.

Klar war bereits zu diesem Zeitpunkt, dass die Integration von tausenden Kindern ohne ausreichende Deutschkenntnisse eine große Herausforderung darstellt, die nicht mit dem bislang zur Verfügung stehenden Instrumentarium (Möglichkeit von Sprachförderkursen während die SchülerInnen als „außerordentliche SchülerInnen“ geführt werden, muttersprachlicher Begleitunterricht) allein bewältigt werden kann. Während sich das Bildungsministerium um grundlegende Informationen und Programme kümmert, wird für die Lösung von akuten

¹ GPA/djp: Arbeitsmarktsituation in Österreich. Binnenmigration in der EU – EU-Entsenderichtlinie – Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten. PRO-GE: Asylrecht ist Menschenrecht. Dez. 2015

² Magdalena Hilde Frühmann: „(...) Dass sich unter den Schülern auch Asylanten befinden merkt man im Unterricht eigentlich nicht (...)“. Zum Umgang mit sprachlicher und kultureller Vielfalt am Fallbeispiel einer Kleinstvolksschule. (Masterarbeit, Uni Wien, 2010)

Problemen an die Landesschulräte verwiesen, zum Beispiel, wenn es „aufgrund eines nahegelegenen größeren Quartiers, zu räumlichen Engpässen kommen sollte“.

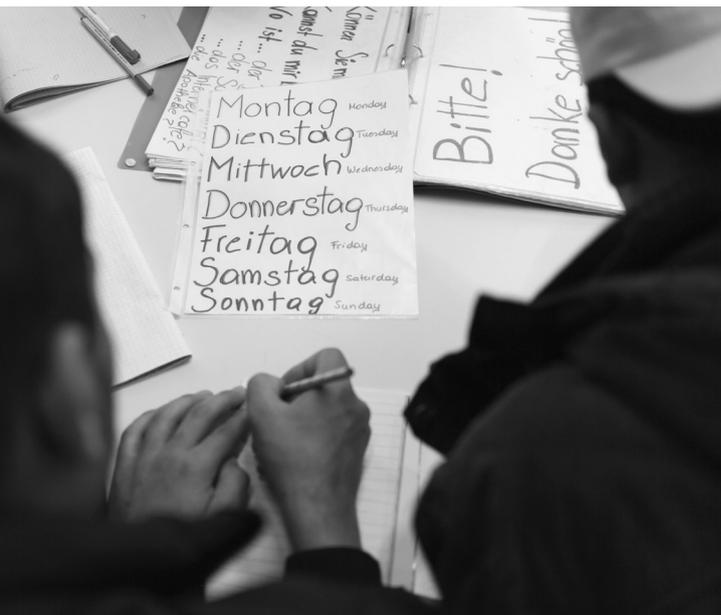
Flüchtlingskinder In Schulen

Apropos Zahlen: Ende März waren über 9.800 Flüchtlingskinder an österreichischen Schulen, die meisten davon in Niederösterreich (2.400) und in Wien (2.230), gefolgt von Oberösterreich (1.450) und der Steiermark (1.220). Zur Finanzierung weiterführender Maßnahmen für die Flüchtlinge an österreichischen Schulen sollte es Mittel aus dem sogenannten „Integrationspfad“ der Bundesregierung geben. Geflossen ist das Geld allerdings erst mitten im Schuljahr, was dazu geführt hat, dass einige Landesschulräte keine Programme zur Unterstützung der Schulen mit erhöhter Flüchtlingspopulation starteten. „Wir wurden vertröstet, bis das Geld vom Bund da ist“, erzählt eine burgenländische Lehrerin.

Leider bestehen im außerschulischen Bereich für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge nach wie vor die größten Lücken.

Insgesamt hat das Bildungsministerium Ende März für das laufende Jahr 23,75 Millionen Euro bekommen, wobei es den Löwenanteil (15 Millionen) für eine Anhebung der Zahl der Sprachförderlehrerinnen an den Pflichtschulen um 208 Planstellen auf 650 verwenden wird. 3,2 Millionen stehen für mobile interkulturelle Teams zur Verfügung, die je nach regionalem Bedarf in erster Linie für die Kommunikation mit den Eltern der jungen Flüchtlinge stehen. Zusätzliche zwei Millionen fließen in Übergangsklassen, in denen sich Jugendliche, die nicht mehr schulpflichtig sind, für den Besuch von (berufsbildenden) höheren Schulen qualifizieren können. Schließlich sind 3,55 Millionen für Maßnahmen im Rahmen der Erwachsenenbildung wie Alphabetisierung, Basisbildungs- und Pflichtschulabschlusskurse reserviert.

Erstmals werden im Rahmen des bestehenden Schulsystems gezielt Maßnahmen auch für Flüchtlingsjugendliche, die der Schulpflicht bereits entwachsen sind, umgesetzt. Einerseits werden bestehende Angebote wie Übergangsklassen an Oberstufenrealgymnasien durch zusätzliche Deutschkurse und Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterstützt, andererseits wurden an 30 berufsbildenden höheren Schulen (HAK, HTL etc.) insgesamt 44 Übergangsklassen für Jugendliche ohne Deutschkenntnisse eingerichtet. Der Direktor des BORG in Wien Landstraße, Franz Dovorán, hat im laufenden Schuljahr zwölf junge Flüchtlinge in die beiden Übergangsklassen aufgenommen. Neben dem laufenden Unterricht bekommen Flüchtlingskinder zwei bis drei Stunden pro Woche Deutschunterricht von einer/einem ausgebildeten DaZ-Lehrer/in. Die SchülerInnen sind in der Regel zwischen 14 und 16 Jahren, sie können auch nach der Übergangs-



klasse (in der normalen 5. Klasse AHS) noch ein Jahr als außerordentliche SchülerInnen geführt werden und sollten dann mit spätestens 20 oder 21 Jahren die Matura geschafft haben.

Die neuen Lehrgänge an BHS können unter der Voraussetzung eingerichtet werden, dass mindestens zwölf SchülerInnen (bis zu 20 Jahren), die nicht mehr schulpflichtig sind, an einem Standort unterrichtet werden können. Voraussetzung für eine Teilnahme an einem solchen Lehrgang sind Grundkenntnisse der englischen Sprache, weil zum Teil der Unterricht in Englisch stattfindet. In allen Bundesländern mit Ausnahme des Burgenlands und Kärntens konnten solche Lehrgänge gestartet werden. Wobei die Verteilung der Lehrgänge doch einige Fragen aufwirft, zum Beispiel warum in Wien nur zwei Schulen mitmachen oder große Schulen wie die HTL in Mödling fehlen.

Schwieriges Alter

Für jugendliche Flüchtlinge, die mit 18 Jahren oder älter nach Österreich kommen ist es nur in Ausnahmefällen möglich, noch innerhalb des Schulsystems einen Abschluss zu schaffen. Leider bestehen im außerschulischen Bereich für nicht mehr schulpflichtige junge Flüchtlinge nach wie vor die größten Lücken. Zudem sind die Angebote für Kursmaßnahmen bislang noch höchst unterschiedlich verteilt. Während es in Wien und den Landeshauptstädten einige – wenn auch nicht ausreichend viele – Angebote gibt, bleiben Kleinstädte und ländliche Regionen unterversorgt.

Wie schaut nun die Praxis aus? Wir fragten bei UMF-Einrichtungen, Unterkünften für Familien und dem Jugendbildungszentrum (Jubiz) in Wien nach.

In Wien werden schulpflichtige Kinder vom Quartierbetreiber beim Stadtschulrat

gemeldet und bekommen innerhalb von zwei bis drei Wochen einen Schulplatz zugewiesen. Zu einem Erstgespräch werden die Flüchtlingsfamilien, soweit es möglich ist, von einem/einer Dolmetscher/in begleitet. Die meisten Flüchtlingskinder kommen nach einem Einstufungstest in normale Klassen, an einigen Standorten, an denen besonders viele Flüchtlinge untergebracht sind, gibt es eigene Flüchtlingsklassen. Insgesamt sind in Wien eine Volksschulklasse und neun Klassen in Mittelschulen solche „Neu in Wien“-Klassen.

Auch im Falle der Kindergärten funktioniert die Zuweisung im Großen und Ganzen, wenn die Kinder über 5 Jahre alt sind, erzählt eine Betreuerin aus einem Flüchtlingsquartier im 12. Bezirk. Kindergartenplätze für jüngere Flüchtlingskinder sind allerdings selten. Allerdings stoßen manche LehrerInnen, vor allem jene die ohnehin schon viele SchülerInnen mit sozialen Problemen unterrichten, an ihre Grenzen und es waren in den vergangenen Monaten immer wieder Klagen über zu wenig Unterstützung seitens der Schulbehörden zu hören. In dieser Situation auch die „eingesessenen“ SchülerInnen bei der Integration der Neuen einzubeziehen, ist ein Weg, der in der NMS in der Schopenhauerstraße beschritten wird. Voller Stolz erzählen die SchülerInnen von ihren Erfolgen bei der Unterstützung der Flüchtlingskinder beim Spracherwerb.

Chancen nach der Schulpflicht

Bei nicht mehr schulpflichtigen minderjährigen Flüchtlingen kommt es darauf an, ob sie mit ihren Eltern in Österreich sind oder ob sie unbegleitet gekommen sind. Wenn UMF es einmal geschafft haben, in eine Betreuungseinrichtung zu kommen, dann erfolgt eine Perspektivenabklärung, bei der festgestellt wird, wie weit Deutsch-

kenntnisse vorhanden sind und welche schulische Bildung die Jugendlichen aus dem Herkunftsland mitbringen. Für Bildungsmaßnahmen stehen den Jugendlichen € 1.326,- zur Verfügung bzw. 200 Stunden Deutschkurse und € 500,- für andere Bildungsmaßnahmen. Bereits der Spracherwerb stellt für viele ein schwer zu bewältigendes Problem dar. Statt der vorgesehenen 200 Stunden schätzen ExpertInnen, dass für die meisten Kids mindestens das Dreifache notwendig wäre. Abgesehen davon, dass eine Sprache bekanntlich nicht in Kursen zu erlernen ist, wenn das Lernen nicht durch tägliche Praxis begleitet wird, ist die Qualität der angebotenen Kurse höchst unterschiedlich. In manchen Einrichtungen werden Deutschkurse auch im Haus abgehalten, die meisten kooperieren allerdings mit Kursanbietern wie Volkshochschulen, dem Deutschinstitut oder der evangelischen Akademie. Deutschkurse für AsylwerberInnen müssen prinzipiell bezahlt werden, nur für UMF werden diese von den Betreuungsstellen getätigten Aus-

In den Erstgesprächen wird erfragt, wie die Wohnsituation ist und ob es Menschen gibt, die den Jugendlichen beim Lernen unterstützen.

gaben auch rückvergütet. Werden zusätzliche Deutschkurse benötigt muss die Finanzierung aus Spendenmitteln erfolgen.

Der nächste Schritt ist – je nach Vorbildung – ein Basisbildungs- oder Pflichtschulabschlusskurs (PSA-Kurs). Eine Einrichtung, die seit 1992 im Rahmen der Erwachsenenbildung PSA-Kurse anbietet, ist das Jugendbildungszentrum (JUBIZ) an der VHS-Ottakring. Bei einem Ersttermin wird dort überprüft, welche Kenntnisse in Mathe, Deutsch und Englisch schon vorhanden sind.

Wenn die Vorbildung für einen PSA-Kurs noch nicht reicht, dann wird überprüft auf welchem Niveau ein Basisbildungskurs empfohlen wird. Es gibt auch sogenannte Brückenkurse bei denen die Jugendlichen (bis 25 Jahre) an das Niveau, das sie für einen PSA-Kurs brauchen, herangeführt werden. Jugendliche, die nur eine Auffrischung verschütteten Wissens brauchen, kommen oft schon mit ca. 100 Unterrichtseinheiten aus. Jeder zehnte Jugendliche kann sofort mit einem PSA-Kurs anfangen, die anderen brauchen Basisbildung oder Brückenkurse zur Vermittlung von Grund- und Sprachkompetenzen.

In den Erstgesprächen mit den Jugendlichen wird auch erfragt, wie die Wohnsituation ist und ob es Menschen gibt, die den Jugendlichen beim Lernen unterstützen. Wenn die Rahmenbedingungen ungünstig sein sollten, gibt es am JUBIZ die Möglichkeit der PSA-Lernhilfe. Für außerschulische Probleme stehen bei Bedarf SozialarbeiterInnen und PsychologInnen zur Verfügung und der ist oft gegeben. Finanziert werden die Angebote der VHS und anderer Anbieter wie PROSA-Schule für alle oder UKI durch die Initiative Erwachsenenbildung (Bildungsministerium) und die Gemeinde Wien (MA 17 und



MA 13). Seit Juli 2015 gibt es auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Prinzipiell stehen alle Kurse auch AsylwerberInnen offen, ebenso die Brückenkurse seit diese nicht mehr vom AMS, sondern von der Initiative Erwachsenenbildung finanziert werden.

Große Probleme machen neben psychischen Auffälligkeiten (die allerdings auch bei in Österreich geborenen Jugendlichen stark zunehmen), die völlig katastrophale Wohnsituation von vielen Jugendlichen: Überbelag, fehlende Mietverträge und damit weder Ruhe zum Lernen noch Sicherheit für einen klaren Kopf. Viele Jugendliche haben auch Probleme mit der Familie, sei es, weil sie in Sorge um die Daheimgebliebenen sind, sei es, weil Familienmitglieder nachkommen und Übersetzungen, Wohnungssuche und Behördengänge von den Jugendlichen übernommen werden müssen. Unter solchen Bedingungen den Pflichtschulabschluss zu schaffen ist nicht einfach.

Während unbegleitete Jugendliche meist in den UMF-Quartieren betreut werden und ihnen (Deutsch-)Kurse Bildung ermöglichen, bleiben nicht mehr schulpflichtige Kinder, die mit ihren Familien gekommen sind, außen vor. Besonders in entlegenen Quartieren gibt es meist keine erreichbaren Angebote oder eine Kursteilnahme scheitert an der mangelnden Mobilität. Die Angebote wurden in den letzten Jahren ausgeweitet. Basisbildungs- und Brückenkurse werden inzwischen an mehreren VHS-Standorten angeboten. Wichtig war auch der Wechsel vom Hauptschul- zum Pflichtschulabschluss. Im JUBIZ unterrichtet man seit 2014 nach dem neuen Schema. Neben einer Reduktion auf sechs Prüfungen beim PSA in neuen Fächerkombinationen sind es vor allem methodische



Neuerungen, die Raum gegriffen haben. Insgesamt sind die Kurse kompetenzorientierter, es wird mehr darauf geschaut was die Jugendlichen mitbringen und selbst wollen. Empowerment, Partizipation und vor allem selbstorganisiertes anwendungsorientiertes Lernen werden groß geschrieben.

Jugend-College als Chance

Als bedrückend empfinden alle Anbieter die Tatsache, dass es in Wien zurzeit zwar genügend PSA-Kurse gibt, viele Jugendliche aber monatelang auf einen Basisbildungskurs warten müssen. Abhilfe soll in Wien das seit September 2015 geplante Jugend-College bieten. Für das vorerst auf drei Jahre geplante Bildungsprojekt für 1.000 Jugendliche zwischen 15 und 21 Jahren müssen sechs Millionen Euro jährlich aufgebracht werden, wovon die Hälfte aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds kommen soll. Der Rest wird von MA 17, Arbeitsmarktservice Wien (AMS) und dem Fonds Soziales Wien (FSW) beigesteuert.

Als bedrückend empfinden alle Anbieter die Tatsache, dass viele Jugendliche monatelang auf einen Basisbildungskurs warten müssen.

Geplant war der Start für das Jugend-College für Jänner 2016, das Projekt konnte allerdings erst Ende März (Deadline 29. April) ausgeschrieben werden, so dass es kaum vor Schulbeginn im Herbst losgehen wird. Zielgruppe sind jeweils zur Hälfte Asylberechtigte und Jugendliche, die noch im Asylverfahren sind. Die TeilnehmerInnen sollen so weit kommen, dass sie „einen Schulplatz haben, eine Lehrstelle antreten, eine überbetriebliche Lehrausbildung, eine sonstige berufliche Qualifizierungsmaßnahme beginnen oder direkt in ein nachhaltiges Dienstverhältnis eintreten“ können. Neben Deutsch auf B1 Niveau soll je nach Bedarf Alphabetisierung, Basisbildung oder Pflichtschulabschluss angeboten werden.

Wichtig wären nach Meinung der PraktikerInnen neben SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen auch therapeutische Angebote für die oft unter posttraumatischen Belastungsstörungen leidenden jungen Flüchtlingen. Allerdings wird man hier weiterhin mit den bestehenden völlig überlasteten Strukturen das Auskommen finden müssen.

Problematisch wird die Situation für die Jugendlichen, wenn sie einen Schutzstatus zuerkannt bekommen haben, über 18 Jahre sind und es bis dahin noch zu keinem Schulabschluss geschafft haben. Dabei hat sich die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice (AMS) verbessert. Während früher oft Jugendliche aus Kursen herausgenommen und vom AMS zu anderen Maßnahmen verdonnert wurden, gibt es jetzt in Wien den sogenannten VHS-Basischeck, der ermöglicht, dass Jugendliche den Schulabschluss machen können bevor das AMS andere Maßnahmen anordnet. Nach der erfolgreichen Pflichtschulabschlussprüfung ist der Übergang von den Kursmaßnahmen zu einer konkreten

Berufsausbildung besonders schwierig, zumal es kein System gibt, sondern – wie so oft – nur einzelne Kursmaßnahmen wie BIDE – Bildungscoaching und berufsbezogene Deutschkurse oder die Arbeit engagierter NGOs wie Lobby 16. Sollten sich die Jugendlichen noch im Asylverfahren befinden, ist der Antritt einer Lehre nur in solchen Berufen möglich, die sich entweder auf der Liste der Mangelberufe oder der Berufe mit Lehrlingsmangel finden. Auch bedeutet ein erfolgreicher Pflichtschulabschluss nicht unbedingt, dass das Sprachniveau bereits ausreichend ist und die Anforderungen der beruflichen Praxis oder der Berufsschule gemeistert werden können. Hier müssen gezielt „Trainings on the Job“ oder ähnliche Methoden ansetzen.

Dass es in Wien mehr Angebote gibt als in den meisten Bundesländern, verstärkt den Trend, dass viele (junge) Flüchtlinge nach der Anerkennung in die Hauptstadt kommen, was neben dem Problem eine Wohnung zu finden auch dazu führt, dass diese vorhandenen Angebote nicht ausreichen.

Ob es gelingt, in ganz Österreich ein Integrationssystem von Schulen über PSA- und Basisbildungskurse bis zu Hilfestellungen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt sowie günstige Wohnmöglichkeiten zu schaffen, hängt von den zur Verfügung stehenden Mitteln und ihrer effizienten Verwendung ab. Ob man Geld für „Wertekurse“ ausgeben will oder ob gelebte Solidarität und gesellschaftliche Offenheit ein besserer Weg zu Integration wären, sollte zumindest diskutiert werden.